

Antidemokratische Positionen

Bibliografie:

Caroline Bühler und
Anke B. Liegmann (2025)
Antidemokratische Positionen.
Analysen und Antworten der Lehrkräftebildung
(Editorial jlb 04/2025).
journal für lehrerInnenbildung, 25 (4), 8–14.
<https://doi.org/10.35468/jlb-04-2025-ed>

Gesamtausgabe online unter:

<http://www.jlb-journallehrerinnenbildung.net>
<https://doi.org/10.35468/jlb-04-2025>

ISSN 2629-4982

journal für lehrerInnenbildung
jlb
no.4
2025

Caroline Bühler und Anke B. Liegmann

Antidemokratische Positionen. Analysen und Antworten der Lehrkräftebildung (Editorial jlb 04/2025)

In vielen Ländern des Globalen Nordens hat sich bei vergangenen nationalen Parlamentswahlen ein Rechtsruck abgezeichnet. Vor dem Hintergrund autoritärer nationaler Ideologien werden demokratische Ideale wie das Gleichheitsprinzip und individuelle Freiheiten infrage gestellt. In diesem Kontext treten antidemokratische Positionen auf, die bestimmte Lebensformen abwerten und bestimmte Gruppen diskriminieren. Dass sich solche gesellschaftlichen Denk-, Einstellungs- und Handlungsmuster auch in Erziehung und Schule widerspiegeln, ist zu vermuten. Hier zeigt sich jedoch schon eine erste Unsicherheit: Es lassen sich kaum Daten finden, mit denen sich das Phänomen „Antidemokratische Positionen“ in Schulen quantitativ beschreiben lässt (was nicht zuletzt an der Unschärfe des Begriffs liegt). Meist wecken einzelne Ereignisse die mediale Aufmerksamkeit, die aber keinen wissenschaftlich abgesicherten Hinweis auf Umfang und Ausprägung dieser Vorkommnisse erlaubt. In Deutschland lässt sich dafür beispielsweise der Hilferuf von zwei Lehrkräften einer Schule im brandenburgischen Burg nennen, mit dem sie 2023 auf „rechtsextremen Alltagsterror“ (Amadeu Antonio Stiftung, 2023) aufmerksam machten. In der Schweiz kam es nach dem Überfall der Hamas auf Israel zu antisemitischen Vorfällen an Schulen in den Kantonen Bern und Zürich (siehe auch den Beitrag von Hollenweger & Weidinger, in diesem Heft). Gemäß Berichten nahmen rassistische Übergriffe an Schweizer Schulen im Jahr 2024 zu (humanrights.ch & Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR, 2024). Auch aus Österreich wird ein massiver Anstieg von antimuslimischem Rassismus (Dokustelle Österreich, 2025) sowie antisemitischer Vorfälle gemeldet (Israelitische Kultusgemeinde Wien, 2025).

Wenn sich auch keine zusammenfassenden Daten zu Häufigkeiten von Ausdrucksformen antidemokratischer Positionen finden lassen,

so wird doch in verschiedenen Studien deutlich, dass eine demokratiefeindliche Einschränkung von „Freiheits- und Grundrechte[n]“ (Beitrag von Pfaff in diesem Heft, S. 102–111) in Form von Diskriminierungen in Deutschland alltäglich ist (z. B. Fuchs et al., 2025). Für zwei deutsche Bundesländer erfolgte beispielsweise im Rahmen der ICCS-Studie die Erhebung von Diskriminierungserfahrungen der befragten Schüler*innen und es zeigt sich, dass rund ein Viertel der 14-Jährigen in der Schule bereits Diskriminierungserfahrungen gemacht haben. In der Mehrheit gehen diese Diskriminierungen von Mitschüler*innen aus, aber auch seitens der Lehrkräfte werden Diskriminierungen wahrgenommen (Ziemes et al., 2024, S. 321f). Und auch die aktuelle ‚Mitte-Studie‘ zeigt, dass demokratiegefährdende Einstellungen in der deutschen Gesellschaft zunehmen (Küpper et al., 2023) und „[g]ruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Mokros & Zick, 2023, S. 149) kein Randphänomen ist (ebd.). Dabei werden in dieser Studie „vier grundlegende Abwertungsmuster beziehungsweise Dimensionen der Menschenfeindlichkeit: Rassismus, Antisemitismus, Hetero-/Sexismus und Klassismus“ (ebd., S. 154), differenziert. Empirisch zeigt sich in der Korrelation der vier Dimensionen ein „Syndrom einer generalisierten Abwertung ‚der Anderen‘“ (ebd., S. 183) in den Daten.

Diskriminierungsprävention hat zwar mit Blick auf von Marginalisierung bedrohten Gruppen (u. a. Frauen, queere Menschen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte etc.) zunehmend Eingang in die (bildungswissenschaftliche) Lehrkräftebildung gefunden hat (z. B. Kultusministerkonferenz, 2022; Breiwe et al., 2024), diese muss jedoch in Zukunft noch intensiviert und präzisiert werden, um Angriffen auf Grundrechte in der Schule entgegenzuwirken. Ziel ist es, (angehende) Lehrkräfte für gesellschaftliche, individuelle und strukturelle Diskriminierungsmuster zu sensibilisieren, Schüler*innen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund Wertschätzung entgegenzubringen und Benachteiligungen zu vermeiden (siehe auch Breiwe et al., 2024). Solche normativen Werte lassen sich letztlich auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (United Nations (UN) Generalversammlung, 1948) zurückführen, an der z. B. auch UN-Menschenrechtskonventionen wie zuletzt die UN-Behindertenrechtskonvention orientiert sind. Inhärent ist den aus dieser Herausforderung resultierenden curricularen Verbindlichkeiten, dass es einen Informations- und Handlungsbedarf gibt und dieser sich empirisch begründen lässt: Geringere schulische Kompetenzen von be-

nachteiligten Gruppen lassen die Annahme zu, dass im Schulsystem u. a. durch Lehrkräfte (unbewusste) Diskriminierungen und Benachteiligungen erfolgen.

Die Aktivitäten rechter und rechtsextremer Parteien und Gruppen lassen jedoch die berechtigte Vermutung zu, dass pluralistisch-welt-offene und differenzsensibel handelnde Lehrkräfte sich in Deutschland zunehmend Anfeindungen ausgesetzt sehen, z. B. indem aufgerufen wird, negative Äußerungen von Lehrkräften über die AfD über Plattformen zu melden (Joswig, 2024). Ähnliche Entwicklungen sind in Österreich zu beobachten, wo die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 2024 die Einrichtung einer „Meldestelle“ gegen politisierende Lehrer*innen forderte (siehe Beitrag von Breser in diesem Heft, S. 30–43). Wenngleich sich die politische Situation in den Schweizer Schulen anders präsentiert, gibt es auch hier Anzeichen dafür, dass diskriminierungskritische Lehrpersonen nicht unbedingt auf Rückendeckung zählen können. Lehrpersonen stehen unter Generalverdacht, „links und grün“ zu sein. Dies liegt u. a. daran, dass die Themen, die sie gemäß Lehrplan unterrichten – wie der Umgang mit Vielfalt, geschlechtergerechter Unterricht und Nachhaltige Entwicklung – als linke Anliegen wahrgenommen werden (Loser, 2022). Im Jahr 2022 leiteten zwei Kantone (Aargau und Zürich) Untersuchungen an Schulen ein, die angeblich von linken Lehrpersonen dominiert wurden (ebd.).

Diese Beispiele zeigen, dass es nicht nur erforderlich ist, Lehrkräften Wissen über potenzielle Diskriminierung und deren Auswirkungen zu vermitteln, sondern sie auch zu stärken, damit sie sich antidemokratischen Positionen und Angriffen widersetzen können.

Auf der Suche nach Analysen zu antidemokratischen Positionen erweisen sich die Grenzen zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Debatte als fließend. Beim Eingrenzen des Gegenstands, mit dem wir uns befassen, waren wir gefordert, einen sorgfältigen Umgang mit Begriffen und analytischen Kategorien zu pflegen. Die Konzeption des Hefts stellte uns vor die Herausforderung, die verschiedenen Dimensionen des Themas zu ordnen und zu Fragen zu bündeln. Die Forschung zu vielfältigen und teilweise subtilen Erscheinungsformen diskriminierender Praktiken und Strukturen gewinnt zunehmend an Kontur; wie sich Lehrkräfte dem erfolgreich widersetzen, scheint jedoch eine weitere empirische Leerstelle zu sein, die auch durch dieses Heft nicht gefüllt werden kann. Dies lässt sich mit der Sensibilität der Thematik und der Unzugänglichkeit des Feldes begründen.

Gleichwohl könnten wissenschaftliche Erkenntnisse der Wirkung und Wirksamkeit von Handlungsstrategien – also gleichsam „good practices“ – Lehrkräfte ermutigen, Schule als einen demokratischen, werte-basierten Raum zu erhalten und zu gestalten, in dem Diskriminierung jeglicher Couleur keinen Raum hat.

Das Heft beschäftigt sich in drei Kernartikeln intensiv mit der Frage, wie sich die Lehrer*innenbildung gegenüber antidemokratischen Überzeugungen positionieren und (angehende) Lehrpersonen unterstützen kann. Sie zeigen auf, wie unterschiedlich die Thematik je nach wissenschaftlicher Perspektive sowie länderspezifischen Gegebenheiten behandelt wird.

In seinem Beitrag „Demokratiebildung angesichts antidemokratischer Entwicklungen“ beleuchtet *Udo Dannemann* die Kontroverse zwischen dem erziehungswissenschaftlichen Zugang zur Demokratie und der politischen Bildung. Dannemann plädiert für eine curriculare Verankerung einer fächerübergreifenden, inter- und transdisziplinär ausgerichteten Demokratiebildung in der Lehrer*innenausbildung. Angesichts der zunehmenden antidemokratischen Vorfälle in Deutschland sieht Dannemann die Schule mehr denn je in der Funktion als „Korrektiv für Demokratie“. Lehrkräfte sind deshalb gefordert, eine klare Haltung gegen Rechtsradikalismus zu zeigen und Räume für Demokratie zu schaffen.

Britta Breser zeichnet in ihrem Text „Widerstand lehren? Demokratiebildung unter Spannung“ die Entwicklungs- und Konfliktlinien nach, die sich in der Demokratiebildung und der Lehrer*innenbildung in Österreich eröffnen. Der Beitrag analysiert historische und aktuelle Entwicklungen, die dazu führen, dass antidemokratische Haltungen zunehmend normalisiert werden und der Neutralitätsbegriff politisch hinterfragt wird. Um die Weiterentwicklung der Demokratie zu ermöglichen, braucht es neben der strukturellen Aufwertung Politischer Bildung auch Widerständige Formen der Demokratiebildung, die unbequeme Positionen einbeziehen.

Auch die Schweizer Autor*innen *Tabea Peter* und *Roland Reichenbach* erachten „ein profundes demokratietheoretisches Wissen und damit verbundene dezidierte Haltungen aufseiten der Lehrpersonen“ als wünschenswert. In ihrem Beitrag mit dem Titel „Leitbild anti-antidemokratische Lehrperson?“ problematisieren sie jedoch die Kennzeichnung von irritierendem und provokativem Verhalten potenziell unzufriedener Jugendlicher als „antidemokratisch“. Sie kritisieren dieses Benennen als unangemessenen politischen Aktivismus. Sie plädie-

ren stattdessen, auf die pädagogische Urteilstkraft zu vertrauen, beziehungsweise auf die pädagogische Grundkompetenz, ins Gespräch zu gehen, zu verstehen und zu vermitteln.

Einen konzeptionellen Beitrag zur Frage, wie Lehrpersonen gestärkt werden können, leisten *Sarah Volknant, Paul Blattner, Janna Bootsmann, Rena Janßen* und *Lena Westerhorstmann* mit ihrem Beitrag „Democracy at its crossroads. Intersektional sensible Perspektiven“. Sie argumentieren, dass pädagogisches Handeln verlangt, dass Lehrkräfte auf antidemokratische Tendenzen reagieren. Die Komplexität aktueller gesellschaftlicher und politischer Veränderungsprozesse erfordert jedoch zusätzliche Konzepte. Der intersektionale Blick ermöglicht es Lehrpersonen, lebensweltbezogene Herausforderungen von Kindern und Jugendlichen zu anerkennen, die eigene Positionierung zu reflektieren und institutionelle Machtverhältnisse zu erkennen. Die Autor*innen bezeichnen Intersektionalität als pädagogisches Denkwerkzeug, das Komplexität analytisch erfassbar macht und in allen drei Phasen der Lehrer*innenausbildung in Deutschland hilfreich ist. *Rukiye Ateş, Laura Beckmann, Christine Becks, Kathrin Racherbäumer* und *Isabell van Ackeren-Mindl* liefern einen Forschungsbericht mit dem Titel „Antidemokratische Sprachmuster von Lehrkräften: Belastung formt Haltung?“. Die Autor*innen gehen der Frage nach, wie sich antidemokratische Deutungsmuster im schulischen Alltag sprachlich äußern, wenn Lehrkräfte sich belastet fühlen. Die Befunde verdeutlichen, dass Haltungen dort gefährdet sind, wo Belastung mit einseitigen Routinen und fehlenden Reflexionsräumen einhergeht. Die Lehrkräftebildung ist deshalb aufgefordert, Reflexion, Haltungsarbeit und Belastungsbewältigung systematisch zu verankern.

Zwei Beiträge greifen den im letzten Jahr gestiegenen Bedarf an Handlungsstrategien gegen antisemitische Äußerungen und Haltungen auf. Der Beitrag „Modulkatalog für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit: Antisemitismus erkennen und einordnen“ von *Henriette Fischer, Fatma Bilgi, Monika Hübscher* und *Nicolle Pfaff* zeigt auf, dass Lehrpersonen üben müssen, über Antisemitismus und andere Diskriminierungsformen zu sprechen. Sie stellen einen Modulkatalog vor, der die konkrete Gestaltung von Schritten einer antisemitismuskritischen Bildungsarbeit dokumentiert.

In ihrem Beitrag „In Frieden lernen – gegen Diskriminierung an Zürcher Schulen“ stellen *Judith Hollenweger* und *Wiltrud Weidinger* das Projekt „In Frieden lernen“ vor. Dieses Projekt ist aus einer breit ab-

gestützten Initiative gegen Antisemitismus hervorgegangen. Es wird von der Pädagogischen Hochschule Zürich in Zusammenarbeit mit der Zürcher Bildungsdirektion, der Stadt Zürich und zivilgesellschaftlichen Partnern durchgeführt, mit dem Ziel, Schulen mit Materialien, Weiterbildungen und anderen Strukturen zu unterstützen, damit sie als Orte von Toleranz, Dialog und Konfliktfähigkeit auftreten und den Schüler*innen ein sicheres, respektvolles Umfeld bieten können.

Im Stichwort folgt eine grundsätzliche Auseinandersetzung zum Begriff „Demokratie“. *Nicole Pfaff* greift die teilweise widersprüchlichen Demokratiediskurse auf und leitet verschiedene Ansätze der Demokratiebildung historisch her. Diese Herleitung mündet im Fazit, dass Widersprüche, das Abwägen von Argumenten und der Streit zur Schule als Ort gehören: „So können Konzepte deliberativer Demokratie für die Schule nutzbar gemacht werden, indem Schulräume zu politischen Diskursräumen werden.“ Nicht zuletzt die Institutionen der Lehrer*innenbildung können dazu beitragen, indem sie offen für kritische Reflexion und unterschiedliche Perspektiven auf kontroverse soziale und politische Themen sind.

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung (17.07.2023). *Kapitulation vor Rechtsextremismus in Burg: Lehrer-Weggang ist Ergebnis systemischen Versagens*. Abgerufen am 26.11.2025, unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/pressemitteilungen/kapitulation-vor-rechtsextremismus-in-burg-lehrer-weggang-ist-ergebnis-systemischen-versagens/>
- Breiwie, R., Ivanova-Chessex, O. & Schuchart, C. (Hrsg.). (2024). *Rassismuskritik. Journal für LehrerInnenbildung*, 24(4). <https://doi.org/10.35468/jlb-04-2024>
- Dokustelle Österreich (2025). *Antimuslimischer Rassismus Report 2024*. Abgerufen am 26.11.2025, unter <https://dokustelle.at/reports/dokustelle-report-2024>
- Fuchs, L., Gahein-Sama, M., Kim, T. J., Mengi, A., Podkowik, K., Salikutluk, Z., Thom, M., Tran, K. & Zindel, Z. (2025). *Verborgene Muster, sichtbare Folgen. Rassismus und Diskriminierung in Deutschland. NaDiRa-Monitoringbericht 2025*. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung.
- humanrights.ch & Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR (2024). *Rassismussvorfälle aus der Beratungsarbeit 2024*. Abgerufen am 29.09.2025, unter <https://www.network-racism.ch/rassismusberichte>
- Israelitische Kultusgemeinde Wien (2025). *Antisemitische Vorfälle in Österreich 2024*. Abgerufen am 26.11.2025, unter https://www.antisemitismus-meldestelle.at/_files/ugd/ed51c1_a799b1dfa1294cbb9c616f482fd73cbf.pdf
- Joswig, G. (2.10.2024). Denunziation im Klassenzimmer. *taz (tageszeitung)*. Abgerufen am 26.11.2025, unter <https://taz.de/AfD-Meldeportale-an-Schulen/I6039135/>
- Kultusministerkonferenz (2022). *Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 16.12.2004 i. D. F. vom 07.10.2022*. Abgerufen am 26.11.2025, unter https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2004/2004_12_16-Standards-Lehrerbildung.pdf

- Küpper, B., Sandal-Önal, E. & Zick, A. (2023). Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte. In A. Zick, B. Küpper, & N. Mokros (Hrsg.), *Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 91–148). Dietz.
- Losser, P. (10.09.2022). Philipp Losser über das Feindbild Lehrer: Die linke Übermacht. *Das Magazin*. Abgerufen am 26.11.2025, unter <https://www.tagesanzeiger.ch/die-linke-uebermacht-812669092552>
- Mokros, N. & Zick, A. (2023). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung. In A. Zick, B. Küpper & N. Mokros (Hrsg.), *Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 149–198). Dietz.
- United Nations Generalversammlung (1948). *Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*. Abgerufen am 26.11.2025, unter <https://zeitschrift-vereinte-nationen.de/suche/zvn/heft/die-allgemeine-erklaerung-der-menschenrechte>
- Ziemes, J. F., Gutzwiller-Helfenfinger, E. & Abs, H. J. (2024). Schulische Sozialbeziehungen. Von Respekt bis Diskriminierungserfahrungen. In H. J. Abs, K. Hahn-Laudenberg, D. Deimel & J. F. Ziemes (Hrsg.), *ICCS 2022. Schulische Sozialisation und politische Bildung von 14-Jährigen im internationalen Vergleich* (S. 311–329). Waxmann. <https://doi.org/10.31244/9783830998228.16>

Bühler, Caroline, Prof. Dr.,
<https://orcid.org/0000-0003-0729-899X>
 Bereichsleiterin Erziehungs- und Sozialwissenschaften,
 Institut Primarstufe (IPS), PHBern.
 Arbeitsschwerpunkte:
 Schule und Familie,
 gesellschaftliche Bedingungen von Bildung und Schule,
 Professionalisierung des Lehrberufs,
 qualitative Forschungsmethoden.
caroline.buehler@phbern.ch

Liegmann, Anke B., Dr.,
<https://orcid.org/0000-0001-9876-9237>
 wiss. Mitarbeiterin,
 Arbeitsgruppe Bildungsforschung,
 Fakultät für Bildungswissenschaften,
 Universität Duisburg-Essen.
 Arbeitsschwerpunkte:
 Professionalisierung von Lehrkräften im Kontext von Diversität,
 Praxisphasen in der Lehrkräftebildung.
anke.liegmann@uni-due.de